

Niederschrift

über die Sitzung des Stadtrates - öffentlich -

Datum: 06.04.2011

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 15:02 Uhr - 19:39 Uhr

Vorsitz: Frau Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Beschlussfähigkeit

Soll:	61	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin
Ist:	48	Stadträtinnen/Stadträte und Oberbürgermeisterin

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Steffi Barthold	SPD-Fraktion	privater Termin
Herr Eckehard Bauer	SPD-Fraktion	Urlaub
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE	dienstlich
Herr Wolfgang Höhnel	CDU-Ratsfraktion	krank
Herr Jürgen Konrad	Fraktion FDP	krank
Herr Dr. Ullrich Müller	CDU-Ratsfraktion	krank
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	Urlaub
Frau Susanne Schaper	Fraktion DIE LINKE	Dienst
Herr Michael Wirth	SPD-Fraktion	Urlaub
Herr Joachim Ziems	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ	familiär

Verspätetes Erscheinen

Herr Wolfgang Lesch	Fraktion FDP	15:42 Uhr, TOP 6.2, dienstlich
Herr Prof. Dr. Andreas Schmalfuß	Fraktion FDP	15:58 Uhr, TOP 6.4, dienstlich
Herr Karl-Friedrich Zais	Fraktion DIE LINKE	15:39 Uhr, TOP 6.1, Landtag

Frühzeitiges Verlassen

Herr Dr. Dieter Füsslein	Fraktion FDP	19:30 Uhr, TOP 8.2, dienstlich
Herr Dr. Christoph Gericke	SPD-Fraktion	19:34 Uhr, TOP 8.2, privat
Herr Hendrik Haase	Fraktion FDP	19:27 Uhr, TOP 8.2, dienstlich
Herr Christian Kempe	CDU-Ratsfraktion	17:30 Uhr, TOP 6.8, persönlich
Herr Klaus Möstl	SPD-Fraktion	18:30 Uhr, TOP 8.1, Pflege der Frau
Herr Dr. Gerhard Schultz	CDU-Ratsfraktion	19:25 Uhr, TOP 8.2, weitere Verpflichtungen

beratend Teilnehmende

Frau Bettina Bezold	Gleichstellungsbeauftragte
Herr Berthold Brehm	Bürgermeister Dezernat 1
Frau Karin Genkel	Kinderbeauftragte
Frau Petra Liebetrau	Behindertenbeauftragte
Frau Heidemarie Lüth	Bürgermeisterin Dezernat 5
Herr Detlef Nonnen	Bürgermeister Dezernat 2
Herr Miko Runkel	Bürgermeister Dezernat 3
Frau Petra Wesseler	Bürgermeisterin Dezernat 6

Sachverständiger

Herr Bossert	Vorstand eins Energie in Sachsen
--------------	----------------------------------

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Beate Frech	Abteilungsleiterin Abt. 15.4
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 15
Herr Uwe Götsch	Amtsleiter Amt 23
Frau Angelika Härtel	Amtsleiterin Amt 20
Frau Katrin Kretzschmar	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Frau Ingeburg Ludwig	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
Herr Jürgen Müller	amt. Amtsleiter Amt 40
Herr Michael Stötzer	Leiter SE 17
Frau Sabine Widmann	Abteilungsleiterin Abt. 30.1

Fraktionsangestellte

Frau Kristina Bierögel	CDU-Ratsfraktion
Herr Raimon Brete	Fraktion DIE LINKE
Herr Eduard Jenke	Fraktion FDP

Schriftführerin

Frau Ramona Seidel	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
--------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig eröffnet die Sitzung. Sie begrüßt die Stadtratsmitglieder, die Einwohnerinnen und Einwohner, die Gäste sowie die Vertreter der Medien.

Sie stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung sowie die Beschlussfähigkeit fest.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert, dass der Beschlussantrag BA-007/2011 „Verzicht auf Atomstrom“ (TOP 8.3) in der Tagesordnung vorgezogen und im Anschluss an den Beschlussantrag BA-005/2011 „Neuverträge Stromlieferungen“ behandelt wird.

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Sie ist somit mit der genannten Änderung festgestellt.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich - vom 09.03.2011

Es liegt keine Einwendung vor. Somit gilt die Niederschrift als genehmigt.

4 Informationen der Oberbürgermeisterin

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig ruft zu Spenden anlässlich der Katastrophe in Japan auf. Hierzu informiert sie über zwei Möglichkeiten. Niners-Coach Torsten Loibl hat mit dem Chemnitzer Verein Integration durch Sport ein Hilfsprojekt ins Leben gerufen. Er möchte Kinder aus den vom Erdbeben am schwersten betroffenen Gebieten im Sommer in Basketball-Camps einladen. Als weitere Möglichkeit könne man an das Deutsche Rote Kreuz spenden, mit welchem die Stadt Chemnitz kooperiere. Auch Bundespräsident Christian Wulff und der Deutsche Städtetag haben um Spenden fürs DRK gebeten.

Als Weiteres informiert **Frau Oberbürgermeisterin Ludwig** über die Entwicklung in der Innenstadt.

Am RAWEMA-Haus ist die Fassade planmäßig fertig gestellt. Bis voraussichtlich November 2011 erfolgt der Innenausbau.

Für die ehemalige Bundesbank ist damit zu rechnen, dass Schritt für Schritt eine Nutzung erfolgen kann.

Der Bau des Park- und Geschäftshauses Johannesplatz 4 kann erfolgen, da der Planungs-, Bau- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 01.03.2011 den Befreiungen von den Festsetzungen des Bebauungsplanes zugestimmt hat. Zur Fassadengestaltung finden noch Abstimmungen zwischen dem Bauherrn und der Verwaltung statt. Hier werden die Empfehlungen des Kuratoriums Stadtgestaltung mit einbezogen

Am Haus der Archäologie ist der Bau in vollem Gange, es wird davon ausgegangen, dass die Sanierungsarbeiten und die Umbauarbeiten bis zum Ende des Jahres 2011 abgeschlossen sind.

Die Arbeiten auf der Höhe des Gebäudes Johannesplatz 1 laufen auf Hochtouren. Mittlerweile werden Bäume gepflanzt, voraussichtlich wird dieses im II. Quartal fertig gestellt. Bestandteil der Wallanlage ist ein Brunnen, welcher von Herrn Kellenberger gestiftet wird.

Auch der Umbau des Gebäudes der „eins“ zur Jugendherberge ist in vollem Gange. Im August 2011 soll der Bau an den Jugendherbergsverband übergeben werden. Dieser beginnt dann mit dem Innenausbau. Wenn alles planmäßig verläuft, könnte die Jugendherberge Ende dieses Jahres eröffnet werden.

Die Stadt Chemnitz plant gemeinsam mit dem Freistaat die Entwicklung des Universitätsquartiers im Zusammenhang mit dem Brühl. Hier wird derzeit über Raumprogramme diskutiert, Liegenschaften und Eigentumsfragen werden geklärt, um die Entwicklungsstrategie für den Brühl weiter voranzutreiben. Hier sollen die Zentralbibliothek und auch weitere Fakultätsgebäude für die Universität erschlossen werden.

5 Fraktionserklärungen aus aktuellem Anlass

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) hätte sich zu den Ausführungen zum Baugeschehen gewünscht, dass zumindest zu den Brückenbaumaßnahmen Dresdner Straße und Hartmannstraße auch informiert worden wäre.

Er macht Ausführungen zum Bescheid der Landesdirektion zum Haushalt 2011 der Stadt Chemnitz. Er stellt hervor, dass mit der Genehmigung des Haushaltes die Handlungsfähigkeit zunächst gesichert sei. Positiv sehe seine Fraktion auch die Würdigung durch die Landesdirektion zur vorfristigen Umstellung auf die Doppik an. Er weist aber gleichzeitig darauf hin, dass dies nur mit entsprechenden zusätzlichen Kosten für erheblich mehr Arbeitskräfte erfolgen konnte. Er stellt dar, dass Schulen abgebaut wurden, ohne Einschränkungen im sozialen und kulturellen Bereich zuzulassen. Kritisch zu werten sei, dass eine Reihe von Aussagen im Bescheid nicht deckungsgleich mit den Auflagen zum Haushalt 2010 sei. Von entscheidender Bedeutung sei aber, dass mit dem Bescheid ganz massiv in die kommunale Selbstverwaltung eingegriffen werde. In diesem Zusammenhang werde seine Fraktion die Frage der Verfassungsbeschwerde wieder auf die Tagesordnung setzen. Auch müsse gefragt werden, welche Anforderungen an ein Oberzentrum zu stellen seien und was ein Oberzentrum nicht nur den Einwohnern der Stadt, sondern der gesamten Region zu bieten habe. Er erklärt, dass auch kulturelle Einrichtungen zur infrastrukturellen Grundversorgung gehören. Weiter führt er aus, seine Fraktion erwarte, dass zu den Stadtratssitzungen im Juni und in den Folgejahren zum Haushalt über den Stand der Erfüllung des Haushaltsicherungskonzeptes berichtet werde. Wenn man die Hinweise der Landesdirektion positiv aufgreifen wolle, seien konzeptionelle Überlegungen der Verwaltung notwendig, wie die angemahnten Abschreibungen künftig erwirtschaftet werden sollen. Auch müsse überlegt werden, wie künftig die Beteiligungsverwaltung in ihrer Rolle weiter gestärkt werden könne.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass sich die CDU-Ratsfraktion im Zusammenhang mit dem Weggang des Herrn Bürgermeister Nonnen zum Energieversorger „eins“ dafür ausspreche, schon in diesem Jahr und nicht erst, wie zunächst vorgesehen, im Jahr 2015 die Anzahl der Dezernate auf vier zu reduzieren. Von der Verwaltungsspitze wünsche man sich, dass die notwendigen Schritte zur Verwaltungsverschlinkung zügig angegangen werden.

Zur umfangreichen Vorlage bezüglich der Gebietspässe zum Stadtentwicklungskonzept führt er aus, dass diese Vorlage zwar eine Darstellung des Ist-Zustandes, jedoch keine eindeutigen Definitionen von Entwicklungszielen aufzeige. In den Akteurskonferenzen wurden hierzu allerdings gleich komplexe Umbaupläne für den gesamten Innenstadtring vorgestellt, von denen in der Vorlage nichts enthalten sei. Er erklärt, dass die frühzeitige Information derjenigen, die über die innerstädtische Verkehrsführung zu entscheiden haben, wichtiger gewesen wäre als eine Überraschungsaktion gegenüber der interessierten Öffentlichkeit. Wieder einmal gehe es hierbei weniger um Meinungsverschiedenheiten in der Sache, sondern um Fragen des Umgangs zwischen der Verwaltung und den Stadtratsmitgliedern.

Abschließend sagt er zum Thema Sommerkino, dass seine Fraktion ausdrücklich das neue Angebot des Veranstalters begrüße, zunächst ein Lärmschutzgutachten einzuholen um erst auf der Grundlage der Ergebnisse einen Vertrag mit der Stadt zu unterzeichnen.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) äußert, dass auch ihre Fraktion den Weggang des Kämmerers bedaure. Herr Nonnen habe wie kein Anderer mit den Stadtratsmitgliedern einen sehr respektvollen und auf einen Konsens bedachten Umgang gepflegt. Dennoch bleibe ein bitterer Beigeschmack, da der Wechsel zur „eins“ nach dem Vollzug der Fusion, die durch Herrn Nonnen sehr unterstützt wurde, von staten gehe.

Zum Bescheid der Landesdirektion zum Haushalt 2011 führt sie aus, dass sich somit die Stadt Chemnitz auf die Realisierung der für 2011 geplanten Vorhaben konzentrieren könne. Allerdings fordere die Landesdirektion noch stringenteres Sparen und die Reduzierung freiwilliger Leistungen vor allem im Bereich der Kultur. Angesichts der Diskussion zum bisher größten Sparkonzept der Stadt seien diese Aussagen nach Auffassung ihrer Fraktion fernab jeder Lebenswirklichkeit, wenig hilfreich und den Bürgern nicht mehr zu vermitteln. Sie weist erneut darauf hin, dass die Finanzprobleme der Stadt nicht vordergründig auf den durch die Doppik sichtbar gemachten Defiziten beruhen, sondern im Wesentlichen auf den schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Kommunen. Hinsichtlich der langfristig planbaren Finanzausstattung der Kommunen durch Land und Bund bestehe akuter Handlungsbedarf.

Abschließend informiert sie darüber, dass ihre Fraktion entschieden habe, die Aufwandsentschädigung für die heutige Sitzung dem Projekt von Torsten Loibl zur Verfügung zu stellen.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) spricht zum Widerruf des Aufenthaltstitels eines in Chemnitz lebenden Bürgers. Er erklärt, dass dieser nicht von Sozialleistungen gelebt habe, seine Meisterausbildung und sich selbständig gemacht sowie Steuern gezahlt habe. Er spreche deutsch, sei in mehreren Vereinen aktiv und nie mit der Justiz in Konflikt geraten. Da die Grundlage für seinen damaligen Aufenthaltstitel zweifelhaft gewesen sei, werde dieser durch die Behörde wieder aufgehoben. Hier handele es sich jedoch um eine Kann-Bestimmung. Und vor dem Hintergrund der genannten Fakten, sei es doch recht fragwürdig, dass die Stadt davon keinen Gebrauch gemacht habe. Er ruft die Oberbürgermeisterin und die Verwaltung auf, den Bescheid zu überdenken und sich um die Ausweisung von Ausländern zu kümmern, welche sich nicht integrieren und ausschließlich von Sozialleistungen leben.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) führt zum Bescheid der Landesdirektion aus, dass mit der Genehmigung des Haushaltes die Handlungsfähigkeit der Stadt erhalten werde und dies für die Stadt wichtig sei. Und deshalb bittet er, den Bescheid der Landesdirektion in seinen Kritikpunkten nicht über zu bewerten.

Weiter äußert er sich zu einem Artikel in der Presse, nach welchem sich der Stadtrat mit dem Handel in Streit befinde. Er sagt zu dieser Thematik, dass der Weg zu mehr Sonntagsöffnungszeiten, wenn es diese überhaupt geben sollte, nicht durch Lobbyarbeit von Handelsvertretern in den Fraktionen führe, sondern über eine qualifizierte, fundierte Vorlage des zuständigen Bürgermeisters.

6 Beschlussvorlagen

- 6.1 Klage der Stadt Chemnitz ./ Landkreis Zwickau
Vorlage: B-097/2011 Einreicher: Dezernat 2 / Amt 23
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-097/2011

Der Stadtrat ermächtigt die Verwaltung zur Einreichung einer Klage gegen den Landkreis Zwickau im Zusammenhang mit dem Verkauf des Alten- und Pflegeheims Grüna durch die ehemalige Gemeinde Grüna an den damaligen Landkreis Chemnitz und der Freistellungsverpflichtung aus dem Kaufvertrag von 1993.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

- 6.2 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen sowie in Tagespflege (Satzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) vom 13. Januar 2009
Vorlage: B-042/2011 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-042/2011

Der Stadtrat beschließt die 3. Satzung zur Änderung der Satzung der Stadt Chemnitz über die Erhebung von Elternbeiträgen zur Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen, Einrichtungen der Frühförderung, Horteinrichtungen für Kinder von Förderschulen sowie in Tagespflege (Satzung für Kindertageseinrichtungen und Kindertagespflege) vom 13. Januar 2009 rückwirkend zum 01.01.2011 gemäß Anlage 1 der Beschlussvorlage.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(42 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 6.3 Aufhebung und Verlagerung der Sprachheilschule Stollberger Straße 25 –
Bildung des Chemnitzer Sprachheilzentrums
Vorlage: B-083/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 40
-

Herr Bürgermeister Brehm erinnert, dass es bereits Pläne für die drei heute zu beschließenden Schulen gab, welche sich nicht realisieren ließen. Er denkt, dass die vorliegenden Beschlussvorlagen unter den gegebenen Umständen einen guten Weg aufzeigen. Zum Schulstandort Arno-Schreiter-Straße führt er aus, dass an diesem Standort auch die Abendmittelschule und das Abendgymnasium ihren Sitz haben. Nach vielen Gesprächen wurde sich geeinigt, dass die Abendschulen erst einmal im Gebäude bleiben. Im Oktober werde sich verständigt, ob ein gemeinsamer Schulbetrieb aller drei Schulen funktioniere. Sollte dies nicht der Fall sein, werde eine andere Lösung gesucht.

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) erklärt, dass seine Fraktion der Beschlussvorlage zustimmen werde. Er habe allerdings den Eindruck, dass eventuellen Problemen hinterher gelaufen werde, als dass diese im Vorfeld gelöst werden. Er möchte wissen, wie die Abendschulen untergebracht werden sollen, wenn der Schulbetrieb der drei Schulen in einem Gebäude nicht gelinge. Dieser Sachverhalt solle bereits jetzt im Schulausschuss beraten werden.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) bemerkt, dass durch die vorliegende Beschlussvorlage ein Jahr früher umgezogen werden könne als erwartet. Er sagt, dass der Schulausschuss die Zusammenlegung der Schulen aufmerksam begleiten werde. Er meint, dass auch im langfristigen Schulentwicklungsplan eine endgültige Entscheidung zur Vettiersstraße getroffen werden solle.

Herr Bürgermeister Brehm informiert, dass die Bildungsagentur Überlegungen zu einer gemeinsamen Abendschule anstelle und er kein Problem in der gemeinsamen Beschulung an der Arno-Schreiter-Straße sehe. Sollten aber Probleme festgestellt werden, werde eine entsprechende Lösung gefunden werden.

Beschluss B-083/2011

Der Stadtrat beschließt:

1. die Aufhebung der Sprachheilschule Stollberger Straße 25.
2. die Verlagerung der Klassen an den Standort Arno-Schreiter-Straße 1/3
3. die Zusammenführung beider Schulen unter dem Namen
Chemnitzer Sprachheilzentrum

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

- 6.4 Standortentscheidung für das Chemnitzer Schulmodell
Vorlage: B-081/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 40
-

Frau Stadträtin Saborowski-Richter (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass die CDU-Ratsfraktion der Verlagerung des Chemnitzer Schulmodells in die Stollberger Straße zustimmen werde, da mit dem Umzug in das Berufsschulzentrum eine funktionierende Berufsschulstruktur zerstört werden würde. Auch müsse somit keine Rückzahlung von Fördermitteln für das Berufsschulzentrum erfolgen. Sie wünscht sich, dass sich die Akteure des Chemnitzer Schulmodells auch für die Stollberger Straße einsetzen.

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) würde gern sehen, dass mehr auf die Belange des Chemnitzer Schulmodells eingegangen werde. Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werde der Verlagerung in die Stollberger Straße dennoch zustimmen, weil somit nicht in die Berufsschule eingegriffen werden müsse.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) meint, dass jede Schule ein Gebäude ihrem Konzept entsprechend verdient hätte. Man könne an dieser Stelle jedoch froh sein, dass es für drei Schulen eine Lösung gebe, die mittelfristig akzeptabel und tragbar sei. Er weist darauf hin, dass bei Information über eventuelle Alternativen oder Angebote gegenüber Eltern klar sein müsse, wie diese tatsächlich umgesetzt und finanziert werden sollen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig bedankt sich bei den Eltern und Lehrern des Chemnitzer Schulmodells für ihre Geduld. Sie erklärt, dass auch für andere Schulen nach Lösungen gesucht werde.

Beschluss B-081/2011

Der Stadtrat beschließt

1. die Verlagerung des Chemnitzer Schulmodells in das Schulobjekt Stollberger Str. 25, 09119 Chemnitz ab dem Schuljahr 2012/13,
2. den Ersatz der Maßnahmenummer 40/01 der vom Stadtrat am 24.11.2010 beschlossenen Vorlage B-339/2010 (Entwicklungs- und Konsolidierungskonzept 2015 der Stadt Chemnitz – Teil I). Die Aufgabe des Objektes Stollberger Str. 25, 09119 Chemnitz wird durch die Aufgabe des Objektes Charlottenstr. 52, 09126 Chemnitz nach der Verlagerung des Chemnitzer Schulmodells ersetzt.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(50 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

- 6.5 Neubau des Sonderpädagogischen Förderzentrums Chemnitzer Körperbehindertenschule
Vorlage: B-032/2011 Einreicher: Dezernat 1/Amt 40
-

Zur Beschlussvorlage wurden eine Änderung der Verwaltung sowie ein Änderungsantrag der SPD-Fraktion ausgereicht.

Herr Bürgermeister Brehm informiert, dass es noch keine Zusage über Fördermittel gebe und das Zeitfenster somit äußerst knapp sei. Zum Änderungsantrag der SPD-Fraktion sagt er, dass die Fragestellungen berechtigt seien, dass aber zeitnah keine befriedigenden Antworten zu erhalten seien. Er rät daher diesen Änderungsantrag abzulehnen, weil er die Problematik erschwere und Bedingungen enthalte, die im vorgegebenen Zeitfenster ggf. nicht zu erfüllen seien. Er macht Ausführungen zur beantragten Nutzung bereits vorhandener therapeutischer Einrichtungen im Umfeld und erklärt, dass die Frage sei, ob die Eltern eine Betreuung außer Haus, wie vorgeschlagen überhaupt wünschten. Er meint die Therapien sollten im Schulgebäude vorgehalten werden und die Leistungen sollten über Pfleger erfolgen.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) spricht zum Punkt 4 des Änderungsantrages. Er betont, dass mit dem Änderungsantrag das Vorhaben der Körperbehindertenschule nicht in Frage gestellt werden solle. Seine Fraktion gehe davon aus, dass es unproblematisch sei, in der Zeit zwischen der Abgabe des Förderantrages und dem Bauausführungsbeschluss bei neuen Erkenntnissen gegenüber dem Fördermittelgeber zu erklären, dass sich ggf. die Kapazität verringere. Es sei sicher möglich, sich mit dem Freistaat zu eventuell zu erwartenden Änderungen in Richtung der Kapazität zu verständigen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig informiert über ein Schreiben an den Kultusminister, in welchem nach der Strategie des Freistaates Sachsen zur Integration und Inklusion gefragt wurde. Sie weist darauf hin, dass lediglich 1/3 Chemnitzer Kinder die Körperbehindertenschule besuchen. Da die übrigen Schüler aus weiteren Kommunen kommen, werde um 60 % Fördermittel gebeten. Sie bittet darum, das Vorhaben nicht aufzuhalten, damit eine Chance bestehe, Fördermittel zu erhalten.

Herr Stadtrat Siegel (Fraktion DIE LINKE) legt dar, dass die Annahme des Änderungsantrages zur Verzögerung führen würde und meint, dass diesem nicht zugestimmt werden solle. Er weist darauf hin, dass es auch um das Umfeld für die Behinderten gehe. Zur Kapazität erklärt er, dass hierzu eine Überplanung erfolge und mögliche Korrekturen eingearbeitet werden. Im Stadtrat sollte generell über das inkludierte Schulsystem diskutiert werden. Dies bedeute aber, dass das gesamte Schulsystem umgestellt werden müsste. Er hält es für wichtig, dass der Beschluss zur Körperbehindertenschule schnell gefasst werde, um ggf. bis Ende des Jahres Fördermittel zu erhalten.

Frau Stadträtin Knorr (SPD-Fraktion) betont, dass der Änderungsantrag ihrer Fraktion das Problem nicht verzögern solle. Es gehe im Punkt 3 lediglich um die Prüfung, was im Bereich der Therapien möglich wäre bzw. nicht umgesetzt werden könne. Diese Prüfung müsse erlaubt sein.

Herr Stadtrat Leistner (CDU-Ratsfraktion) erinnert, dass fraktionsübergreifend ein Neubau der Körperbehindertenschule gefordert wurde. Er bittet darum, der Beschlussvorlage zuzustimmen.

Herr Stadtrat Rösler (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt auch, dass der Prüfauftrag das Problem verzögern würde und dass seine Fraktion mit einem Neubau kein Problem habe.

Herr Stadtrat Brückom (SPD-Fraktion) erklärt, dass mit dem Änderungsantrag bis zur Beantragung der Fördermittel nichts passiere. Solle Herr Bürgermeister Brehm zu Protokoll geben, dass die geforderte Prüfung auch ohne Änderungsantrag erfolge, könne der Antrag zurückgezogen werden.

Herr Bürgermeister Brehm sagt, dass die Problematik des Punktes 4 bereits verfolgt werde. Er geht auf den Punkt 3 des Änderungsantrages ein. Er erklärt abschließend, dass aus der Erfahrung heraus bei Zahlung von Fördermitteln keine Änderung des Raumprogramms mehr möglich sei. Es werde vor der Antragstellung auf Fördermittel eine festgeschriebene Größe benötigt. Er sehe auch für den Bereich der Therapie nicht die Möglichkeit der Umsetzung.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schließt sich den Ausführungen des Herrn Bürgermeister Brehm an.

Abstimmung über den Änderungsantrag der SPD-Fraktion

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(38 Nein-Stimmen, 12 Ja-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

Beschluss B-032/2011

Der Stadtrat beschließt:

1. am Neubau des Sonderpädagogischen Förderzentrums Chemnitzer Körperbehindertenschule am Standort Heinrich-Schütz-Straße festzuhalten.
2. die Verwaltung erhält den Auftrag zur Überplanung folgender Bauteile:
 - Schule mit
 - Grundschulteil,
 - Mittelschulteil,
 - Klassen für körperbehinderte Schüler mit einer Lernbehinderung,
 - Klassen für körperbehinderte Schüler mit einer geistigen Behinderung,
 - Beratungsstelle,
 - Mensa,
 - Sporthalle,
 - Medizin/Therapie,
 - Ganztagsbetreuung für körper- und mehrfachbehinderte Kinder,
 - Heim für körper- und mehrfachbehinderte Kinder und Jugendliche.mit dem Ziel einer bedarfsgerechten Anpassung.
3. Die Umsetzung der Maßnahme kann nur begonnen werden, wenn die zurzeit bestehende Finanzierungslücke durch die Gewährung von Fördermitteln des Freistaates Sachsen sowie die zweckgebundene investive Rücklage für Schulbaumaßnahmen ausgeglichen wird.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(49 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

- 6.6 Festlegung der Stellvertreterregelung für die Friedensrichterinnen und Friedensrichter der Stadt Chemnitz
Vorlage: B-077/2011 Einreicher: Dezernat 3 / Amt 30
-

Es besteht kein Handlungsbedarf.

Beschluss B-077/2011

Der Stadtrat beschließt die folgende Stellvertreterregelung für die 6 Schiedsstellenbezirke der Stadt Chemnitz:

Schiedsstelle I	Vertretung für Schiedsstelle VI
Schiedsstelle II	Vertretung für Schiedsstelle I
Schiedsstelle III	Vertretung für Schiedsstelle II
Schiedsstelle IV	Vertretung für Schiedsstelle III
Schiedsstelle V	Vertretung für Schiedsstelle IV
Schiedsstelle VI	Vertretung für Schiedsstelle V.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(47 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

- 6.7 Wahl von Aufsichtsratsmitgliedern der Tochtergesellschaften der Klinikum Chemnitz gGmbH
Vorlage: B-092/2011 Einreicher: Dezernat 2/Amt 20
-

Abberufung der bisherigen Aufsichtsratsmitglieder entsprechend Punkt 1 des Beschlussvorschlages

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(50 Ja-Stimmen)**

Wahl der Aufsichtsratsmitglieder entsprechend Punkt 2 des Beschlussvorschlages

2.1 Cc Klinik-Verwaltungsgesellschaft Chemnitz GmbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Dr. Veikko Gottschalk
Herr Dr. Wolfgang Niederstrasser
Frau Gabriele Anspach

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 2 Stimmenthaltungen)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Da je ein Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE und der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ vorliegt findet geheime Wahl statt.

Für die Wahlkommission werden Frau Bierögel, Herr Brete und Herr Jenke sowie als Schriftführerin Frau Ludwig von der Geschäftsstelle des Stadtrates bestätigt. Die Wahlkommission bestimmt Frau Bierögel als ihre Vorsitzende.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

Zur Wahl vorgeschlagen werden:

Herr Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE)
Herr Ziems (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	51
abgegebene Stimmen:	51
davon	
gültige Stimmen:	46
ungültige Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Herrn Dr. Langer	42 Stimmen
Herrn Ziems	4 Stimmen

Somit hat **Herr Dr. Langer** die erforderliche Mehrheit erreicht und ist gewählt.

2.2 Ambulante Diagnostik- und Therapiezentrum GmbH am Klinikum Chemnitz

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Rolf Krebiehl
Herr Dr. Veikko Gottschalk
Herr Dr. Dieter Baaske
Frau Gabriele Warzecha

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Herr Dr. Volkmar Schubert (CDU-Ratsfraktion)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(49 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme)**

2.3 Poliklinik GmbH Chemnitz

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Lars Kockisch
Herr Prof. Dr. Frank Förster

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Frau Susanne Schaper (Fraktion DIE LINKE)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(45 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

2.4 Service-Center Technik GmbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Lars Kockisch
Herr Dr. Veikko Gottschalk
Herr Frank Rother

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Herr Hans-Peter Lohse (CDU-Ratsfraktion)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
 (45 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen,
 1 Stimmenthaltung)**

**2.5 Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte
Chemnitz**

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Lars Kockisch
Herr Dr. Veikko Gottschalk
Herr Dr. Dieter Baaske
Herr Christian Rösler

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
 (50 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Vertreterin der Verwaltung

Heidemarie Lüth

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
 (47 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen)**

Wahl der zwei Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen zwei Plätze zur Verfügung. Somit gilt nach § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO § 42 Abs. 2 entsprechend.

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: CDU-Ratsfraktion

Herr Falk Ulbrich

Wahlvorschlag 2: SPD-Fraktion

Frau Peggy Szymenderski

Wahlvorschlag 3: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Martin Schmidt

Da mehr Wahlvorschläge vorliegen, als Plätze zu besetzen sind, findet Verhältniswahl statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 50
abgegebene Stimmen: 49

davon
gültige Stimmen: 39
ungültige Stimmen: 10

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Wahlvorschlag 1: 21 Stimmen
Wahlvorschlag 2: 10 Stimmen
Wahlvorschlag 3: 8 Stimmen

Somit sind **Herr Ulbrich und Frau Szymenderski** gewählt.

2.6 Klinikum-Chemnitz-Service-Gesellschaft mbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Rolf Krebiehl

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Herr Bernd Reinshagen (Fraktion FDP)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(49 Ja-Stimmen)**

2.7 Klinikum Chemnitz Logistik- und Wirtschaftsgesellschaft mbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber

Herr Rolf Krebiehl

Herr Dr. Veikko Gottschalk

Herr Dr. Dieter Baaske

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Da je ein Wahlvorschlag der Fraktion DIE LINKE und der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ vorliegt findet geheime Wahl statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

Zur Wahl vorgeschlagen werden:

Herr Dr. Langer (Fraktion DIE LINKE)

Herr Jahn (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ)

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte:	51
abgegebene Stimmen:	50
davon	
gültige Stimmen:	45
ungültige Stimmen:	4
Stimmenthaltungen:	1

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Herrn Dr. Langer	38 Stimmen
Herrn Ziems	7 Stimmen

Somit hat **Herr Dr. Langer** die erforderliche Mehrheit erreicht und ist gewählt.

2.8 Klinik Catering Chemnitz GmbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Dr. Veikko Gottschalk

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(45 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Da je ein Wahlvorschlag der CDU-Ratsfraktion und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorliegt findet geheime Wahl statt.

Die bestätigte Wahlkommission nimmt ihre Arbeit wieder auf.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig erläutert den Stimmzettel und das Wahlverfahren.

Zur Wahl vorgeschlagen werden:

Herr Leistner (CDU-Ratsfraktion)
Frau Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

- Wahlhandlung -

Wahlergebnis

anwesende Stimmberechtigte: 51
abgegebene Stimmen: 49

davon
gültige Stimmen: 49
ungültige Stimmen: 0
Stimmenthaltungen: 0

Von den gültigen Stimmen entfielen auf:

Herrn Leistner 41 Stimmen
Frau Zais 8 Stimmen

Somit hat **Herr Leistner** die erforderliche Mehrheit erreicht und ist gewählt.

2.9 MidGerman Health GmbH Medizininformatik

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Rolf Krebiehl
Herr Lars Kockisch

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Herr Bernd Reinshagen (Fraktion FDP)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

2.10 Gesellschaft für ambulante Schlafmedizin am Klinikum Chemnitz GmbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(49 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Frau Susanne Schaper (Fraktion DIE LINKE)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: mehrheitlich gewählt
(46 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
2 Stimmenthaltungen)**

2.11 Zentrum für Diagnostik GmbH am Klinikum Chemnitz

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber

Herr Lars Kockisch

Herr Dr. Veikko Gottschalk

Herr Dr. Andreas Liebert

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl des Mitgliedes aus der Mitte des Stadtrates

Da nur ein Mitglied zu bestimmen ist findet entsprechend § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO Mehrheitswahl nach § 39 Abs. 7 SächsGemO statt.

Es steht ein Platz zur Verfügung.

Zur Wahl vorgeschlagen wird:

Herr Dr. Dieter Füsslein (Fraktion FDP)

Da es keinen Widerspruch gibt und nur ein Wahlvorschlag vorliegt, findet offene Wahl statt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(46 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

2.12 Bergarbeiter-Krankenhaus Schneeberg gGmbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(48 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl der Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen zwei Plätze zur Verfügung. Somit gilt nach § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO § 42 Abs. 2 entsprechend.

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: CDU-Ratsfraktion

Herr Dr. Ullrich Müller

Wahlvorschlag 2: SPD-Fraktion

Herr Klaus Möstl

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig stellt fest, dass zwar mehrere Wahlvorschläge vorliegen, da aber mit diesen Wahlvorschlägen nur zwei Personen vorgeschlagen werden, und zwei Plätze zu besetzen sind, fragt sie ob sich auf die vorliegenden Wahlvorschläge geeinigt werden könne.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der Aufsichtsratsmitglieder vor.

2.13 Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH

Es liegt folgender Wahlvorschlag der Verwaltung vor.

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH

Herr Dr. Markus Horneber
Herr Rolf Krebiehl
Frau Ines Haselhoff

Da es keinen Widerspruch gibt, wird die Wahl offen und en bloc durchgeführt.

**Wahlergebnis: einstimmig gewählt
(47 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)**

Wahl der Mitglieder aus der Mitte des Stadtrates

Es stehen drei Plätze zur Verfügung. Somit gilt nach § 98 Abs. 2 Satz 2 SächsGemO § 42 Abs. 2 entsprechend.

Es liegen folgende Wahlvorschläge vor:

Wahlvorschlag 1: CDU-Ratsfraktion

Frau Ines Saborowski-Richter

Wahlvorschlag 2: SPD-Fraktion

Frau Peggy Szymenderski

Wahlvorschlag 3: Fraktion DIE LINKE

Frau Susanne Schaper

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig stellt fest, dass zwar mehrere Wahlvorschläge vorliegen, da aber mit diesen Wahlvorschlägen nur drei Personen vorgeschlagen werden, und drei Plätze zu besetzen sind, fragt sie ob sich auf die vorliegenden Wahlvorschläge geeinigt werden könne.

Da es hierzu keinen Widerspruch gibt, liegt seitens des Stadtrates **Einigung** über die Besetzung der Aufsichtsratsmitglieder vor.

Beschluss B-092/2011

1. Der Stadtrat beschließt die bisher vom Stadtrat gewählten und entsandten Aufsichtsratsmitglieder der

- 1.1 Cc Klinik-Verwaltungsgesellschaft Chemnitz GmbH,
- 1.2 Ambulante Diagnostik- u. Therapiezentrum GmbH am Klinikum Chemnitz,
- 1.3 Poliklinik GmbH Chemnitz,
- 1.4 Service-Center Technik GmbH,
- 1.5 Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz,
- 1.6 Klinikum-Chemnitz-Service-Gesellschaft mbH,
- 1.7 Klinikum Chemnitz Logistik- u. Wirtschaftsgesellschaft mbH,
- 1.8 Klinik Catering Chemnitz GmbH,
- 1.9 MidGerman Health GmbH Medizininformatik,
- 1.10 Gesellschaft für ambulante Schlafmedizin am Klinikum Chemnitz GmbH,
- 1.11 Zentrum für Diagnostik GmbH am Klinikum Chemnitz,
- 1.12 Bergarbeiter-Krankenhaus Schneeberg gGmbH,
- 1.13 Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH

abzuberufen.

2. Der Stadtrat wählt folgende Personen und bestellt diese widerruflich in die Aufsichtsräte der Tochterunternehmen der Klinikum Chemnitz gGmbH:

2.1 Cc Klinik-Verwaltungsgesellschaft Chemnitz GmbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH (Arbeitnehmer der Cc Verwaltungsges. mbH)	Herr Dr. Wolfgang Niederstrasser
Vertreterin der Klinikum Chemnitz gGmbH (Arbeitnehmerin Cc Verwaltungsges. mbH)	Frau Gabriele Anspach
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Eberhard Langer

2.2 Ambulante Diagnostik- u. Therapiezentrum GmbH am Klinikum Chemnitz

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Rolf Kriebiel
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. med. Dieter Baaske
Vertreterin der Klinikum Chemnitz gGmbH (Arbeitnehmerin der ADTZ GmbH)	Frau Gabriele Warzecha
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Volkmar Schubert

2.3 Poliklinik GmbH Chemnitz

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Lars Kockisch
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH (Arbeitnehmer der Poliklinik GmbH)	Herr Prof. Dr. Frank Förster
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Susanne Schaper

2.4 Service-Center Technik GmbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Lars Kockisch
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH (Arbeitnehmer Service-Center Technik GmbH am Klinikum Chemnitz)	Herr Frank Rother
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Hans-Peter Lohse

2.5 Heim gGmbH für medizinische Betreuung, Senioren und Behinderte Chemnitz

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Lars Kockisch
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. med. Dieter Baaske
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Christian Rösler
Verwaltungsvertreterin	Frau Bürgermeisterin Lüth
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Falk Ulbrich
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Peggy Szymenderski

2.6 Klinikum-Chemnitz-Service-Gesellschaft mbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Rolf Krebiehl
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Bernd Reinshagen

2.7 Klinikum Chemnitz Logistik- und Wirtschaftsgesellschaft mbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Rolf Krebiehl
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. med. Dieter Baaske
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Eberhard Langer

2.8 Klinik Catering Chemnitz GmbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Jürgen Leistner

2.9 MidGerman Health GmbH Medizininformatik

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Rolf Krebiehl
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Lars Kockisch
weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Bernd Reinshagen

2.10 Gesellschaft für ambulante Schlafmedizin am Klinikum Chemnitz GmbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Markus Horneber Frau Susanne Schaper
---	--

2.11 Zentrum für Diagnostik GmbH am Klinikum Chemnitz

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Lars Kockisch
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Veikko Gottschalk
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH (Arbeitnehmer Zentrum für Diagnostik GmbH) weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. rer. nat. Andreas Liebert Herr Dr. Dieter Füsslein

2.12 Bergarbeiter-Krankenhaus Schneeberg gGmbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH weiteres Aufsichtsratsmitglied weiteres Aufsichtsratsmitglied	Herr Dr. Markus Horneber Herr Dr. Ullrich Müller Herr Klaus Möstl
---	---

2.13 Sozialbetriebe Mittleres Erzgebirge gGmbH

Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Dr. Markus Horneber
Vertreter der Klinikum Chemnitz gGmbH	Herr Rolf Kriebel
Vertreterin der Klinikum Chemnitz gGmbH weiteres Aufsichtsratsmitglied weiteres Aufsichtsratsmitglied weiteres Aufsichtsratsmitglied	Frau Ines Haselhoff Frau Ines Saborowski-Richter Frau Peggy Szymenderski Frau Susanne Schaper

6.8 Nachhaltiger Siedlungswohnungsbau
Vorlage: B-054/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61

Herr Stadtrat Ulbrich (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass es falsch sei, die Gebiete am Rand zu reduzieren, um innerstädtisch weitere Gebiete zu entwickeln. Eine Reduzierung am Rande führe zur Abwanderung in das Umland. Da kein Zwang bestehe Gebiete zu schließen schlägt er vor, die Beschlussvorlage in den Ausschuss zurückzuverweisen und die Gebiete zu belassen wie sie sind.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) führt aus, dass mit dieser Vorlage erstmalig eine klare Aussage zum Außenbereich getroffen wurde. Auch sei eine klare Linie zu erkennen, dass erschlossene Gebiete vor unerschlossenen gehen. Es werden in Chemnitz für ca. 2000 – 4000 Eigenheime mehr als 300 Plätze auch in den Ortsteilen ausgewiesen. Das bemerkenswerte an dieser Vorlage sei, dass die Ortschaftsräte im Interesse der Stadt zugestimmt haben.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) fragt, ob man gezwungen sei eine Erschließung zu finanzieren, wenn die Vorlage nicht beschlossen werde.

Herr Stadtrat Möstl (SPD-Fraktion) denkt, dass in den Ortsteilen hin und wieder eine Ausnahmegenehmigung erforderlich werden könnte, wenn es um Verdichtungen innerhalb der Ortsteile ginge. Er weist darauf hin, dass die Einwohnerzahl weiter sinke.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass die Vorlage aus gesamtstädtischer Sicht gesehen werden solle. Es werde auch in Zukunft möglich sein, dass in den Stadtteilen Eigenheime gebaut werden. Er bringt vor, dass viele Bebauungspläne mitgenommen wurden und hier eine Bereinigung erfolgen könne. Im Übrigen werden heute keine konkreten Baugebiete beschlossen.

Frau Bürgermeisterin Wesseler stellt klar, dass mit der Vorlage eine umfangreiche Information über die vielen Wohnbauflächen vorgelegt wurde, welche weiterhin bestehen werden. Bei der Analyse wurde darauf geachtet, dass in den Ortsteilen weiterhin Flächen für Wohnungsbauwillige zur Verfügung gestellt werden, sowohl in den Rändern, als auch innerhalb der zentrumsnahen Gebiete. Sie stellt fest, dass sieben Ortschaftsräte zugestimmt haben und die beauftragte Prüfung bzw. Hinweise der zwei übrigen Ortschaftsräte mitgenommen und berücksichtigt werden. Sie betont, dass die Vorlage wirtschaftlich und für die nachhaltige Entwicklung der Stadt wichtig sei. Die Verwaltung nimmt den Prüfauftrag zur Reduzierung oder Aufhebung von Standortbereichen mit. Die Beschlussfassung heute wäre auch insofern wichtig, dass diese Prüfung nicht umsonst erfolge.

Beschluss B-054/2011

Der Stadtrat nimmt das Konzept „Nachhaltiger Siedlungswohnungsbau in Chemnitz“ mit der Ermittlung des Flächenbedarfs und der Untersuchung von Flächen- und Standortpotenzialen für den Eigenheimbau gemäß Anlage 3 der Beschlussvorlage zur Kenntnis.

Der Stadtrat beschließt:

1. Die Verwaltung wird beauftragt, die Aufhebung bzw. Reduzierung der in Anlage 3 Kapitel 10, Tab. 17 für den Siedlungswohnungsbau ausgewiesenen Bebauungsplanverfahren bzw. Flächennutzungsplanflächen zu prüfen und im Ergebnis konkrete Aufhebungsbeschlüsse vorzubereiten.
2. Die Verwaltung wird mit dem Aufbau und der kontinuierlichen Fortschreibung eines öffentlich zugänglichen Baulandkatasters (Internet) zur Mobilisierung von Brachflächen und Baulücken im bebauten Stadtgebiet für den Siedlungswohnungsbau gemäß § 200 Abs. 3 BauGB beauftragt.
3. Das Baudezernat wird beauftragt, zur Steuerung der Eigenheimentwicklung ein kleinräumiges Wohnbauflächenmonitoring mit dem Liegenschaftsamt aufzubauen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(35 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
3 Stimmenthaltungen)**

7 Informationsvorlagen

- 7.1 Berichterstattung über Petitionen im Zeitraum vom 01.07.2010 bis 31.12.2010
Vorlage: I-018/2011 Einreicher: Oberbürgermeisterin/Amt 15
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.2 Sachstandsbericht zur Fortschreibung des Abwasserbeseitigungskonzeptes der Stadt Chemnitz (ABK) bis 2015
Vorlage: I-011/2011 Einreicher: Dezernat 3/ESC
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

- 7.3 Regelung der Sommerreinigung und des Winterdienstes auf städtischen Flächen (Anlieger- und Eigentümerpflichten der Stadt)
Vorlage: I-008/2011 Einreicher: Dezernat 6/Amt 61
-

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

8 Beschlussanträge

- 8.1 Neuverträge Stromlieferungen
Vorlage: BA-005/2011 Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
-

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) spricht zu den Beschlussanträgen BA-005/2011 und BA-007/2011 und sagt, dass beide Beschlussanträge weit vor den schrecklichen Ereignissen in Japan eingereicht wurden.

Zum Beschlussantrag „Neuverträge Stromlieferungen“ erklärt er, dass hierzu derzeit Gespräche laufen, so dass bei Beschlussfassung die Aspekte des Antrages mit einbezogen werden können. Sollte der Antrag eine Mehrheit finden, erwarte seine Fraktion, dass die Verwaltung im Sinne des Antrages zeitnah den Stadtrat informiere und das Anliegen auch mittrage. Er sagt, dass die in der Stellungnahme der Verwaltung benannten Mehrkosten nicht zwingend seien. Volkswirtschaftlich gesehen sei der Atomstrom die teuerste Form der Energieerzeugung.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ) bringt folgenden Änderungsantrag seiner Fraktion ein:

„Im gesamten Beschlussantrag wird jeweils nach dem Wort Atomstrom ergänzt: `sowie Braunkohlestrom, Steinkohlestrom, Erdölstrom, Erdgas und Windenergie`“.

Er begründet dies damit, dass nicht nur der Atomstrom mit großen Gefahren verbunden sei, sondern vor allem die Co²-produzierenden Stromerzeugungsvarianten. Bei diesen stehe fest, dass sie garantiert eine schädliche Auswirkung haben, wogegen der Atomstrom schädlich sein könne. Er meint, der Beschlussantrag sei blanker Aktionismus.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) informiert, dass seine Fraktion bei den Beschlussanträgen zustimmen werde. Das kommunale Energieunternehmen „eins“ solle bereits jetzt auf den zukünftigen Wettbewerb ausgerichtet werden. Er bringt folgenden Änderungsantrag zum Beschlussantrag BA-005/2011 ein:

„Verträge zur Stromlieferung für die Jahr 2012 und 2013 sind nur mit Anbietern abzuschließen, die einen Atomstromanteil von 8 % nicht überschreiten.“

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) legt dar, dass Atomenergie eine Hochrisiko-Technologie sei. Es gäbe ganz sicher eine Mehrheit, die aus dieser Atomenergie aussteigen möchte, unterschiedliche Auffassungen gäbe es jedoch zum Zeitpunkt. Ein Sofortausstieg sei überhaupt nicht möglich. Er verstehe nicht, warum im Herbst vorigen Jahres eine Verlängerung der Laufzeit von Atomkraftwerken beschlossen wurde. Er werde dem Beschlussantrag BA-005/2011 zustimmen.

Herr Stadtrat Lohse (CDU-Ratsfraktion) spricht zu beiden Beschlussanträgen. Die grundsätzliche Debatte sei, wann und wie aus der Atomenergie ausgestiegen werden solle. Er bezieht sich auf ein Strategiepapier der „eins“, woraus hervorgehe, dass die „eins“ bereits jetzt ein atomstromfreies Erzeugerportfolio aufzuweisen habe, dass ca. 60 – 70 % des Kundenbedarfs decke. Den Rest beziehe sie von Strombörsen, in denen die 8 % Atomstrom noch enthalten seien. In Chemnitz komme jedoch kein Atomstrom an. Um den Anteil der erneuerbaren Energien weiter nachhaltig auszubauen, wolle die „eins“ in den nächsten 10 Jahren 200 Mio. € ausgeben. Dazu sei die Unterstützung der Politik für eine breite gesellschaftliche Akzeptanz für den Bau neuer Erzeugeranlagen notwendig. Die CDU-Ratsfraktion unterstütze ausdrücklich die Strategie der „eins“. Dem Beschlussantrag BA-007/2011 werde er nicht zustimmen. Die Atomstromdebatte müsse europaweit diskutiert werden.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) äußert, dass Ökostrom bereits heute gekauft werden könne und Nachhaltigkeit eine Anforderung an jeden Einzelnen sei. Als wichtigste Aufgabe im kommunalen Bereich in diesem Zusammenhang stehe die Reduzierung von Energie, weil man dies beeinflussen könne. In Chemnitz werde so z. B. bei Baumaßnahmen immer darauf geachtet, um höchstes Energieeinsparpotential zu erschließen. Er bittet Herrn Bossert um Information zur Stromlieferung.

Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion) sagt, dass Ökostrom nicht unbedingt billiger sei, es aber Verpflichtung sein solle, vom eigenen kommunalen Unternehmen Ökostrom zu nutzen. Jeder Einzelne sei aufgefordert, Zeichen zu setzen. Die SPD-Fraktion werde dem Beschlussantrag BA-005/2011 zustimmen, um ein Signal zu setzen. Der Beschlussantrag BA-007/2011 sei differenzierter zu sehen. Er macht hier Ausführungen zum Atomkonsens zwischen der Bundesregierung und der Energiewirtschaft. Durch den Einreicher des Antrages müsse ein realistischer Zeitplan vorgelegt werden. Auch müssen die bundespolitischen Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Der Ausstieg sei in einem gewissen Zeitraum anzustreben, dieser könne jedoch nicht auf einen konkreten Zeitpunkt beschlossen werden.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) meint, dass man dafür werben solle, dass möglichst viele Chemnitzer im kommunalen Unternehmen Ökostrom beziehen sollten.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig fände es konsequent, den Beschlussantrag BA-005/2011 zu beschließen. Zum Beschlussantrag BA-007/2011 meint sie, dass man überlegen müsse, wie das Ziel wirklich erreicht werden könne. Sie macht Ausführungen zu offshore-Anlagen und stellt fest, dass aus eigener Kraft der Antrag nicht umzusetzen sei. Eine schrittweise Investition in regenerative Energien könne sicher erfolgen, die Festlegung auf einen konkreten Zeitpunkt sei jedoch nicht zu leisten.

Herr Stadtrat Scherzberg (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass er zu beiden Beschlussanträgen stehe und begründet dies. Perspektivisch solle versucht werden, das Energieunternehmen „eins“ dahin zu bekommen, auf Atomstromfreie Zulieferverträge zuzugreifen. Die Stadt Chemnitz solle perspektivisch aus dem Atomstrom aussteigen. Aus seiner Sicht sei eine Prognose zur Höhe der Strompreise im Jahr 2014 blanke Spekulation. Er bittet beiden Beschlussanträgen zuzustimmen.

Herr Bossert (Geschäftsführer eins Energie in Sachsen) informiert darüber, was „eins“ unternimmt, um den Umbau der Stromversorgung zu fördern. Die Begründung zum Beschlussantrag zeige, wie wenig Verständnis für die Schwierigkeiten zum Umbau des Stromversorgungssystems vorhanden sei. Die Stilllegung von Atomkraftwerken werde entscheidend davon abhängen, wie schnell Kilowatt-Stunden zur richtigen Zeit am richtigen Ort sind. Dafür sei der Einsatz von regelfähigen Kraftwerken, Speichern und gezielten Stromabschaltungsmöglichkeiten erforderlich. Er sagt deutlich, dass von der „eins“ nicht erwartet werden könne, sich an Zahlenspielen zu beteiligen, die Ergebnisse versprechen, welche nicht eingehalten werden können. Wichtig sei auch, dass das Unternehmen wettbewerbsfähig bleibe. Man stehe bei dieser Thematik vor technischen und gesellschaftspolitischen Herausforderungen. Eine volkswirtschaftliche Gegenrechnung verschiedener Stromarten führe in der Sache nicht weiter.

Frau Stadträtin Zais (Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betont, dass die Partei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht fundamentalistisch, sondern seit fast 30 Jahren in der Frage der Atomenergie glaubwürdig sei. Sie stellt fest, dass durch den kommunalen Stromanbieter das Angebot für Ökostrom nicht beworben werde. Zum BA-007/2011 erklärt sie, dass mit diesem Antrag die Gesellschaftsvertreter beauftragt werden sollen, das Thema in der Gesellschafterversammlung zu forcieren. Vielleicht könne somit auch ein fruchtbarer Diskurs mit anderen Kommunen zustande kommen.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig sagt klar, dass es bei diesem Thema auch um Versorgungssicherheit und Glaubwürdigkeit gehe. Wenn es nicht möglich sei, einen klaren Weg aufzuzeigen, wie das Beantragte ab 2013 bewältigt werden könne, finde sie es richtig eine Zielbeschreibung vorzunehmen, aber auch zu erklären, dass die Wege dorthin noch nicht bekannt seien.

Herr Stadtrat Dr. Füsslein (Fraktion FDP) erklärt dass seine Fraktion das Anliegen unterstütze, in Chemnitz aber keine nationale Energiepolitik gemacht werden könne. „Eins“ sei im System Energie Deutschland vernetzt und könne somit nicht losgelöst gesehen werden.

Herr Stadtrat Horváth (SPD-Fraktion) sagt, dass er dem BA-005/2011 zustimmen könne. Zum BA-007/2011 habe er erhebliche Zweifel, dass die erforderliche Netzinfrastruktur bis zum genannten Datum ausgebaut werden könne. Die politische Zielstellung teile er, die zeitliche Umstellung halte er jedoch nicht für realistisch umsetzbar.

Herr Stadtrat Kraneis (SPD-Fraktion) bringt folgenden Änderungsantrag der SPD-Fraktion zum BA-007/2011 ein:

„Im Beschlusstext ist zu streichen: `bis zum 31.12.2013` und zu ersetzen durch `so schnell wie möglich`. Im letzten Satz ist nach `über die Ergebnisse` das Wort `jährlich` einzufügen“

Herr Stadtrat Zais (Fraktion DIE LINKE) erklärt, dass der Beschlussantrag eine Aufgabenstellung für „eins“ und nicht gegen das Unternehmen gerichtet sei.

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) sagt, dass die Gesamtbilanz des Stroms entscheidend sei. Seine Fraktion werde dem Änderungsantrag der SPD-Fraktion mitgehen.

Herr Bürgermeister Brehm informiert dass die Stadt Chemnitz dabei sei, für die Jahre 2012/13 neuen Strom möglichst preiswert zu organisieren. Der Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE schränke dafür enorm ein, da dies in die Ausschreibungsmodalitäten aufgenommen werden müsste.

Herr Stadtrat Gintschel (Fraktion DIE LINKE) stellt klar, dass der rechnerische Anteil von Atomstrom bei „eins“ 8 % betrage. Somit schränke der Änderungsantrag nur in sofern ein, dass nach Anbietern, die einen höheren Anteil anbieten nicht gesucht werden müsse.

Herr Bossert stellt noch einmal dar, dass die 8 % aus den Ergebnissen des Jahres 2009 basieren. Würde sich der Anteil der Atomkraft am Gesamtstrom ändern, würde sich dies auch bei „eins“ entsprechend ändern. Dies könne jedoch sein Unternehmen nicht beeinflussen.

Herr Stadtrat Fritzsche (CDU-Ratsfraktion) beantragt eine Auszeit und stellt den Geschäftsordnungsantrag auf Abschluss der Debatte.

Abstimmung über Geschäftsordnungsantrag

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich bestätigt**
(40 Ja-Stimmen, 5 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Auszeit von 19:05 bis 19:16 Uhr

Abstimmung über den Änderungsantrag der Ratsfraktion PRO CHEMNITZ

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(40 Nein-Stimmen, 2 Ja-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

Abstimmung über den Änderungsantrag Fraktion DIE LINKE

Abstimmungsergebnis: **mehrheitlich abgelehnt**
(28 Nein-Stimmen, 11 Ja-Stimmen,
7 Stimmenthaltungen)

Beschluss BA-005/2011

Die Stadtverwaltung Chemnitz wird verpflichtet, ab dem 01.01.2014 den Strombedarf der Stadt ohne Atomstrom (0 % Atomstrom) abzudecken.

Bei längerfristig anstehenden Neuausschreibungen (z. B. Stadtbeleuchtung) ist die „0%-Atomstrom-Bedingung“ in die Ausschreibungsbedingungen aufzunehmen.

Bestehende Stromlieferverträge (z. B. Rathaus, Bürgerhaus, Moritzhof etc.) sind auf der Grundlage der Stromkennzeichnungspflicht der Stromanbieter mit dem Ziel zu überprüfen und anzupassen, den Anteil des Atomstroms durch Strom aus erneuerbarer Energie zu ersetzen.

Der Stadtrat ist mindestens einmal jährlich über den Stand der Umsetzung zu informieren.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(26 Ja-Stimmen, 20 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)

8.2 Verzicht auf Atomstrom

Vorlage: BA-007/2011

Einreicher: Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtrat Schmidt (Fraktion Bündnis 90/Die Grünen) beantragt namentliche Abstimmung zum Beschlussantrag und erklärt, dass seine Fraktion den Änderungsantrag der SPD-Fraktion übernehme und den Beschlussantrag entsprechend ändere.

Abstimmung über das Quorum zur namentlichen Abstimmung

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(33 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
9 Stimmenthaltungen)

namentliche Abstimmung über den Beschlussantrag

Frau	Dr. Becherer	Ja
Herr	Brückom	Ja
Frau	Drechsler	Ja
Herr	Fritzsche	Ja
Herr	Dr. Füsslein	nicht abgestimmt
Herr	Dr. Gericke	Ja
Herr	Gintschel	Ja
Herr	Haase	Nein
Frau	Hochmuth	Nein
Herr	Höfler	Nein
Herr	Horváth	Ja
Herr	Jahn	Nein
Frau	Kempe	Ja
Frau	Knorr	Ja
Frau	Köhler	Nein
Herr	Kohlmann	Nein
Herr	Kraneis	Ja
Herr	Dr. Langer	Ja

Herr	Lehmann	Ja
Herr	Leistner	Ja
Herr	Lesch	Nein
Herr	Lohse	Nein
Frau	Ludwig	Ja
Herr	Meyer	Nein
Herr	Müller	Ja
Herr	Dr. Neubert	Ja
Frau	Pastor	Ja
Frau	Patt	Ja
Frau	Pester	Ja
Herr	Reinshagen	Stimmenthaltung
Herr	Rösler	Ja
Frau	Saborowski-Richter	Ja
Herr	Scherzberg	Ja
Frau	Schinkitz	Ja
Herr	Schinkitz	Ja
Herr	Prof. Dr. Schmalfuß	nicht abgestimmt
Herr	Schmidt	Ja
Herr	Dr. Schubert	Nein
Herr	Schultz	Ja
Herr	Schulze	Ja
Herr	Siegel	Ja
Frau	Szymenderski	Ja
Herr	Tillmann	Nein
Herr	Ulbrich	Ja
Herr	Walther	Ja
Frau	Weber	Ja
Herr	Wolf	Ja
Frau	Zais	Ja
Herr	Zais	nicht abgestimmt

Beschluss BA-007/2011

Die Gesellschaftervertreter der Stadt Chemnitz in der „eins energie in Sachsen“ werden beauftragt, sich für einen kompletten Verzicht von Atomstrom im Energiemix des Unternehmens so schnell wie möglich einzusetzen. Der Anteil des Atomstromes soll durch erneuerbare Energien ersetzt werden, die aus Neuanlagen stammen, die nach dem 31.12.2010 errichtet wurden. Der Stadtrat ist über die Ergebnisse jährlich zu informieren.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(34 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen,
1 Stimmenthaltung)**

- 8.3 Erbringung der Leistung für Bildung und Teilhabe nach dem SGB II, § 29 (2)
Vorlage: BA-006/2011 Einreicher: Fraktion DIE LINKE
-

Frau Stadträtin Pastor (Fraktion DIE LINKE) stellt fest, dass statt einer Erhöhung der Regelsätze anspruchsberechtigte Kinder zukünftig ein Bildungs- und Teilhabepaket in Höhe von 250 € jährlich zugesprochen bekommen. Somit kämen die Kinder schlechter weg als bisher. In Chemnitz haben ca. 15.200 Kinder Anspruch auf diese Leistung. Umso wichtiger sei es, dass die Umsetzung des Bildungs- und Teilhabepakets in der Stadt realisiert werde.

Die Betroffenen haben die Möglichkeit Anträge auf die Leistung rückwirkend zu stellen, bereits ab 01.04.2011 konnte in Chemnitz die Umsetzung der Leistung erfolgen. Mit dem Beschlussantrag solle offen gelassen werden, ob eine Übernahme der Aufgabe aus dem Jobcenter durch die Kommune eine noch bessere Einflussnahme darstelle. Deswegen werde vorgeschlagen, dass der Sozialausschuss und der Jugendhilfeausschuss Quartalsweise beginnend ab Juli 2011 eine Einschätzung der Wirkungsweise des Bildungs- und Teilhabepaketes entgegen nehmen und Schlussfolgerungen für die weitere Umsetzung ziehen.

Herr Stadtrat Walter (CDU-Ratsfraktion) erklärt, dass seine Fraktion keinen Mehrwert im geänderten Beschlussantrag erkenne und plädiert, dass man sich an die Absprache aus dem Sozialausschuss halte. Demnach solle im Sozialausschuss berichtet werden und gemeinsam vor dem Hintergrund der Verwaltungsvorschrift entschieden werden, wie mit dem Thema weiter umgegangen werden solle.

Frau Bürgermeisterin Lüth informiert, dass das Sozialamt sehr energisch die erforderlichen Dinge vorangetrieben habe, so dass Chemnitz bereits im März in der Lage war, die entsprechenden Unterlagen auszugeben. Es gehe darum, dass alle Kinder, die die Möglichkeit haben, die Leistung erhalten sollen. In diesem Zusammenhang wurde festgelegt, dass in jeder Sitzung des Sozialausschusses die Frage des Jobcenters behandelt werde. Seitens der Stadtratsmitglieder sollten Kriterien benannt werden, nach denen die Verwaltung zu berichten habe. Es sei im Moment sehr schwierig die Aufgabe zu übernehmen. Für den kommunalen Finanzanteil müssen in diesem Jahr 600.000 € zusätzlich an das Jobcenter für die Erledigung des bürokratischen Aufwandes dieser Aufgaben gezahlt werden. Es müsse geprüft werden, ob die Stadt das Geld zurück erhalte, wenn sie die Leistungen selbst übernehme. Des Weiteren müsse dafür gesorgt werden, dass die Kinder das Teilhabepaket in Anspruch nehmen können und dafür die entsprechenden Aufgaben umgesetzt werden. Quartalsweise solle im Sozialausschuss über den Stand berichtet und spätestens im September 2011 beraten werden, ob die Aufgabe für das Jahr 2012 durch die Stadt übernommen werden solle.

Beschluss BA-006/2011

Der Stadtrat beschließt:

1. Der Stadtrat spricht sich dafür aus, die Ausreichung der Leistung aus dem Bildungs- und Teilhabepaket für Kinder und Jugendliche aus Hartz IV Familien und Familien die Kinderzuschlag erhalten, in eigener Regie zu übernehmen. Die Oberbürgermeisterin wird gebeten, sich mit der Bundesagentur für Arbeit über die dafür notwendigen Konditionen zu verständigen.
2. Über die Umsetzung erster Maßnahmen des Teilhabepaketes ist sofort nach dessen Einführung sowie über Ergebnisse und dabei gesammelte Erfahrungen Quartalsweise im Jugendhilfeausschuss und im Sozialausschuss zu berichten.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt
(22 Nein-Stimmen, 18 Ja-Stimmen,
5 Stimmenthaltungen)**

- 8.4 Pilotprojekt Mandatos
Vorlage: BA-008/2011 Einreicher: SPD-Fraktion, CDU-Ratsfraktion, Fraktion
DIE LINKE, FDP-Fraktion
-

Es besteht kein Verhandlungsbedarf.

Beschluss BA-008/2011

Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, mit der Vorbereitung und Durchführung des Modellprojektes „Mandatos“ entsprechend der in der Vorlage I-001/2011 genannten Eckdaten. Die Deckung der Kosten für die Anschaffung der erforderlichen Hardware erfolgt über zurückgegebene, im Jahr 2010 nicht verwendete Fraktionsmittel. Wirtschaftlich sinnvolle Möglichkeiten (bspw. durch Leasing der Hardware) sind dabei im Sinne einer zeitlichen beschränkten Nutzung vorrangig in Anspruch zu nehmen.

Bei der Auswahl der Hardware sind die Projektteilnehmer in geeigneter Weise einzubeziehen.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(36 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

- 9 Anfragen der Stadträtinnen und Stadträte
-

Folgende Stadratsmitglieder geben schriftliche Ratsanfragen ab:

Herr Scherzberg, Frau Weber, Herr Kraneis für Herrn Dr. Gericke und Herr Meyer.

- 10 Bestimmung von zwei Stadtratsmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Stadtrates - öffentlich -
-

Zur Unterzeichnung der Niederschrift werden **Herr Stadtrat Lohse (CDU-Ratsfraktion)** und **Herr Stadtrat Müller (SPD-Fraktion)** bestätigt.

Frau Oberbürgermeisterin Ludwig schließt die Sitzung

02.05.2011 *Barbara Ludwig*
Datum Barbara Ludwig
Vorsitzende
des Stadtrates

18.04.2011 *Hans-Peter Lohse*
Datum Lohse
Mitglied
des Stadtrates

18.04.2011 *Detlef Müller*
Datum Müller
Mitglied
des Stadtrates

14.04.2011 *Seidel*
Datum Seidel
Schriftführerin